

Mittelbayerische

OBERPFALZ & BAYERN

Artikel vom 12.04.2013, 16:31 Uhr

Piraten rufen zum Offline-Protest auf

Am Sonntag findet in Regensburg eine Demo gegen die „Bestandsdatenauskunft“ statt. Manche wittern den Überwachungsstaat, andere sehen ihre Rechte gestärkt.



Facebook gehört für die meisten zur Alltagskommunikation – und da haben staatliche Schnüffler nichts verloren, meint die Piratenpartei und ruft daher zur Demo auf. Foto: dpa

Von Pascal Durain, MZ

Regensburg. Der **Aufruf zum Protest** [<http://presse.piratenpartei-bayern.de/2013/04/10/demonstrationen-zur-bestandsdatenauskunft-in-bayern/>] ist kurz und knapp: Am Sonntag finden in Regensburg und vier anderen bayerischen Großstädten Demonstrationen gegen die Bestandsdatenauskunft statt. Der mittelfränkische Spitzenkandidat der Piratenpartei, Dominik Kegel, hat den Aufruf verfasst, der Bürger auffordert, „die immensen Einschnitte in ihre Privatsphäre und die persönliche Freiheit nicht tatenlos hinzunehmen“. Er rechnet in Nürnberg mit bis zu 200 Teilnehmern, in Regensburg mit 50. In der Domstadt trifft man sich um 15 Uhr am Schwammerl vor dem Hauptbahnhof.

Der Protest richtet sich gegen eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes – vor allem aber über die Änderung, wer Bestandsdaten erheben darf. Zu diesen Daten gehören Name, Anschrift, Geburtsdatum oder Bankverbindung. All das also, was der Telekommunikationsanbieter abgespeichert – und all das, was digitale Schnüffler im Auftrag des Staates auch gerne wissen würden. Vorausgegangen war dem ganzen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Anfang 2012: Die Richter hatten entschieden, dass nachgebessert werden muss.

Ende März verabschiedete der Bundestag, getragen von Abgeordneten von Union, FDP und SPD, eine Änderung des TKGs, die die Abfrage von Bestandsdaten für Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden neu regelt.

Die Meinungen darüber, gehen jetzt allerdings weit auseinander: Die Piraten fürchten, dass dadurch die Bürger noch gläserner und die Ordnungshüter zum großen Überwacher würden. Pirat Kegel stört vor allen Dingen, dass es so Polizei und Staat theoretisch möglich wäre, die Passwörter des E-Mail-Kontos, des Facebook- oder Twitter-Accounts auszuspähen. Einzige Voraussetzung sei, dass man sich einer Ordnungswidrigkeit schuldig gemacht habe, zum Beispiel als Falschparker. Das sei ein schwerwiegender Eingriff in die Alltagskommunikation und so nicht hinnehmbar. Das sieht auch Tina Lorenz vom Regensburger Chaos-Computer-Club so. Mit dieser Änderung versuchten die Behörden das „abzurufen, was abgerufen werden kann.“

Auch Sabine Sobola hat sich intensiv mit der Änderung des TKGs beschäftigt – die Regensburger Anwältin hat sich auf IT-Recht spezialisiert. Sie sagt, dass auch sie ein gewisses Unwohlsein beim Wort „Bestandsdatenauskunft“ verspüre, allerdings sei das hier ein rein politischer Akt gewesen. Das, was die Richter kritisiert hätten, sei nun behoben. Sobola sieht gar eine mögliche Stärkung der Bürgerrechte, da jede Abfrage von Passwörtern einen „doppelten Richtervorbehalt“ voraussetzt. „Wann wer an welche Daten gehen darf, ist jetzt geregelt.“ Außerdem sei der Nutzer hinterher darüber zu informieren, welche Daten die Ermittler von ihm gespeichert und abgefragt haben. Die Kritik der Piratenpartei kann sie verstehen, hier sei es aber etwas anders als bei der Vorratsdatenspeicherung: „Wir müssen uns die Frage stellen, was wir den Ermittlern für Möglichkeiten geben wollen.“ Verbiете man die Bestandsdatenauskunft, müsste man auch Beschattungen verbieten.

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10008&lid=0&cid=0&tid=0&pk=902636>

